

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

114. Jahrgang

Bezugspreis: In Leipzig und Umgegend monatlich 1 Mark 20 Pf., vierteljährlich 4 Mark 80 Pf., halbjährlich 9 Mark 60 Pf., jährlich 18 Mark. Fernortsbezug monatlich 1 Mark 80 Pf., vierteljährlich 5 Mark 40 Pf., halbjährlich 10 Mark 80 Pf., jährlich 21 Mark 60 Pf. Einzelhefte 10 Pf.

Anzeigenpreis: In Leipzig und Umgegend die erste Spalte 1 Mark, die zweite 80 Pf., die dritte 60 Pf., die vierte 40 Pf., die fünfte 30 Pf., die sechste 20 Pf., die siebente 15 Pf., die achte 10 Pf., die neunte 8 Pf., die zehnte 6 Pf., die elfte 5 Pf., die zwölfte 4 Pf., die dreizehnte 3 Pf., die vierzehnte 2 Pf., die fünfzehnte 1 Pf. 50 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebzehnte 80 Pf., die achtzehnte 60 Pf., die neunzehnte 40 Pf., die zwanzigste 30 Pf.

Hauptverleger: Dr. Carl Goertel, Leipzig

Schiffelung und Vertrieb: Jahnke & Co., Leipzig

Nr. 246

Montag, den 31. Mai

1920

Die Berliner Truppen bedingungslos regierungstreu

Ergebnis der Großberliner Garnisonen

Berlin, 30. Mai. (Druckbericht.) Das Reichswehrministerium teilt mit: Aus Anlaß der zahlreichen Puffschüsse erschienen die Kommandeure der Garnison von Großberlin dem Reichswehrminister und legten ihm folgende Erklärung vor: Wir versammelten Kommandeure der Garnison von Großberlin geben hiermit dem Herrn Reichswehrminister die feierliche Erklärung ab, daß wir und die unterstellten Truppenteile bedingungslos hinter die verfassungsmäßige Regierung stehen und daß wir mit unseren Truppen bereit sind, die Verfassung gegen jeden gewalttätigen Angriff, komme er von rechts oder links, wozu es sein muß, auch mit der Waffe zu schützen. Wir bitten diese Erklärung auch dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten. Der Reichswehrminister erwiderte darauf: Mit Befriedigung nehme ich die feierliche Erklärung Ihrer Regiments an. Sie gibt mir die Gewißheit, daß wir den nächsten Wochen mit unbedingter Ruhe und Zuversicht entgegengehen können. Meine Herren, ich danke Ihnen. Uebermitteln Sie bitte allen Ihren Offizieren und Mannschaften meine kameradschaftlichen Grüße. Meine Herren, ich vertraue Ihnen auf Ihr Manneswort und danke Ihnen von ganzem Herzen. Ich werde heute noch dem Herrn Reichspräsidenten Mitteilung erstatten. Der Herr Reichspräsident nahm diese Erklärung dankend und mit Befriedigung entgegen.

Verordnung gegen den Widerstand bei der Auflösung der Freikorps

Berlin, 30. Mai. (Druckbericht.) In der letzten Zeit haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, die entlassen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlicher Organisationen zusammenzuschließen, um der Auflösung Widerstand zu leisten oder ausgesetzte Verbände wieder zu veranlassen. Um diese Vorgänge, welche nicht nur die Ausführung der von Deutschland im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen gefährden, sondern auch zur Beunruhigung der Bevölkerung führen, zu verhindern, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung in einer Verordnung vom 30. Mai folgende Bestimmungen erlassen: Durch diese Verordnung wird die Aufforderung an frühere oder derzeitige Angehörige von Freikorps zu vereintem Ungehorsam oder gewalttätigem Widerstand gegen die Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen die Anordnungen über die Auflösung, Verringerung und Umänderung bestehender Verbände oder der Widerstand gegen solche Anordnungen, mit Ausnahme bis zu fünf Jahren oder bei Verlegen milderer Umstände mit Verhaftung bestraft. Die gleiche Strafe ergreifen diejenigen, die es unternehmen, ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Der Reichswehrminister ist berechtigt, zur Aburteilung solcher Straftaten nach Bedarf außerordentliche Gerichte einzusetzen.

Truppenauflösungen in Zeithain

Dresden, 30. Mai. (Druckbericht.) Unserer Dresdner Schriftleitung.) Wie wir hören, wird auf dem Truppenübungsplatz Zeithain gegenwärtig das 4. Bataillon des Reichswehrregiments Nr. 10 aufgelöst. Bei Teilen der Besatzung war ein gewisses Unbehagen zu beobachten, als es hieß, daß bei der Auflösung dieses Truppenteils Schwierigkeiten entstanden seien. Das ist nicht der Fall. Ein Teil dieser Truppe ist tatsächlich bereits aufgestellt, und bei dem Rest ist vorübergehend nur infolge einer Verzögerung eingetreten, als die mit dem Reichswehrministerium schwedenden Verhandlungen über die Art der Ueberführung der Entlassenen in das Wirtschaftsleben nicht so gleich zum Abschluß gelangen konnten. Die völlige Auflösung der Truppe steht jedenfalls nahe bevor.

Ein „Frontbund der republikanisch gesinnten Soldaten“?

Berlin, 30. Mai. (Druckbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung.) Heute vormittag versammelten sich auf dem Tempelhofer Felde Mitglieder der früheren „Republikanischen Soldatenvereine“. Vor den etwa 1000 Erschienenen sprach Dr. Kallik und Klügel über das Thema „Krisis der Lebenslagen der republikanischen Wehrmacht“. Man beschloß, in den nächsten Tagen in einer besonderen Organisationsversammlung sich wieder zusammenzufinden, um einen Frontbund der republikanisch gesinnten Soldaten gegen die Bestrebungen der Reaktion in der Reichswehr zu bilden. Zunächst ist es, daß ohne der Reimer die Aufforderung ausspricht, alle früheren republikanisch gesinnten Soldaten sollten der L. S. P. oder der R. P. D. ihre Stimme geben. Man stellt alle, wie die Sonderkomitee unter dem Manuskripten, die von Seiten der Reichswehr in der letzten Zeit betriebe wurde, Abwehrmaßnahmen von links heranzubringen, so daß auf diese Weise die inneren Kräfte unserer zahlenmäßig noch so stark Wehrmacht erheblich geschwächt werden.

Berlin, 30. Mai. (Druckbericht.) Der Frontbund findet dem Wolff-Bureau eine Erklärung in der es heißt: Der Frontbund ist eine rein wirtschaftliche Hilfsorganisation und beschäftigt sich mit sozialen internen Fragen innerhalb der Reichswehr, nicht mit Politik. Bei dem unabweislichen Wechsel aller Verhältnisse und bei dem ununterbrochenen Umorganisieren gibt es keine ständige Stelle, die unsere berechtigten Interessen planmäßig vertreten könnte. Daraus folgen Härten, Fehlgriffe, Vernachlässigung und Unzufriedenheit. Diese unerträglichen Zustände sind das Arbeitsfeld des Frontbundes. Wir empfehlen, daß unsere Mite., ernste Organisationsarbeit nicht abgelehnt wird. Man lasse uns zufrieden, wie auch wir außerhalb unserer kleinen, einfachen Interessenskreises helfen können.

Der deutsche Geschichtsschreiber in Rom, von Herrl, ist nach mehrwöchigem Leiden wieder so schwach erkrankt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Ausartungen des Wahlkampfes in Berlin

Berlin, 30. Mai. (Druckbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung.) Der Sonntag vor der Wahl hatte sämtliche Parteien auf den Plan gerufen, die alle mehrere Wahlversammlungen in Berlin abhielten, wobei es verschiedentlich zu Auseinandersetzungen und Zusammenstößen kam, die aber ohne ernstlichen Nachklang verliefen. In eine

Verammlung des demokratischen Jugendvereins Großberlins sprach Reichswehrminister Gehler. Dem Nationalsozialistischen Schüler unter Führung von Studenten, die sich in einer Ecke des Saales in einer großen Gruppe versammelt hatten, verbot der Reichswehrminister während seiner Ausführungen durch Zwischenrufe zu sitzen, und als der Minister zuerst nicht darauf einging, entstanden ungeheure Tumulte. Die antisemitischen Charaktere trugen. Es kam zu einer regelrechten Prügelei. Stühle wurden geschleudert, Tische umgeworfen, und wenn auch kein Blut floß, so floß doch Bier, da den Rednern die mit Bierflaschen gefüllten Tablettts zu Boden geschleudert wurden. Schließlich gelang es die Sprengkolonne unbeschädigt zu machen und hinauszutreiben. Aus der Rede Dr. Gehler, der wie schon feinerzeit in der Nationalversammlung zu einer Verhöhnung der die Volksteile trennenden Gegensätze aufrief, wählten wir einige Worte wiederzugeben. Dr. Gehler wies einleitend darauf hin, daß heute schon ein großer Mut dazu gehöre, dem Elend ein Gesicht zu geben. Im nächsten Sammel wurden sich viele durch Vergeltung und Verschwendung zu betören, und die Leute, die nötig in die Presse gesprungen sind, würden den Mangel an Rationalismus beklagen. Das Schicksal der Koalitionsregierung sei es, beschimpft zu werden, obwohl sie das große Verdienst habe, an der Zukunft nicht verzweifelt zu sein und fest zugegriffen zu haben. Die Kritik, die von den Gegnern an der Regierung geübt werde, entspreche dem phantasiehaften Maßstab, der das eigene Ich allen anderen voranstelle. Die jetzt herauswachsende Jugend frage ein ganz besonders herbes Schicksal. Den Alten bleibe wenigstens noch die Erinnerung an eine glückliche Zeit, während das jetzt herauswachsende Geschlecht nur die Entbehrungen der Kriegsjahre und die Sorgen des Krieges kennen gelernt habe. Die Jugend müsse einen sehr schweren Kampf um die Erbschaft führen. Allein wir hätten keine Zeit, unser Unglück zu betrachten. Wir wählten fest und klar zum Ziele gelangen, das das heißt Freiheit und Gleichberechtigung unseres Vaterlandes. (Großer stürmischer Beifall.) Deutschland habe das Recht auf diese Forderung. Weder in der Kultur, noch in der Wirtschaft, noch in der Kriegsbewehrung habe es verlagert. Das nationale Unglück wie das deutsche Volk den richtigen Weg, den Weg der Demokratie, der das ganze Volk anrufen zur Mitarbeit am Staate. Die Alten hätten sich die Entwicklung anders gedacht. Sie haben es eine organische Weiterentwicklung geglaubt im Sinne Fried-

rich Raumanns, der eine Verdrängerung von Demokratie und Kaiserturn anstreibe, aber wir werden das Schicksal auch so meistern und werden arbeiten im Sinne Steins und Hardenbergs. Der kann nicht Demokrat sein, der nicht in jedem Deutschen einen gleichberechtigten Bruder sieht. Und man kann auch nicht gleichzeitig Demokrat sein, wenn man in seinem Bureau und seiner Kabine sich als Tyrann gebietet. (Großer stürmischer Beifall.) Deshalb muß die Jugend von Ungehorsamkeiten abwandern, denn durch sie sind wir teilweise zugrunde gegangen, weil sich einzelne Schichten des Volkes nicht mehr verstanden haben. (Hier schrie der oben geschriebene Lammel ein, der eine Unterbrechung von fast einer Viertelstunde zur Folge hatte.) Zum Schluß ermahnte der Reichswehrminister die deutsche Jugend, sich vorzubereiten auf das Werk, das ihre im Saale harret, und sich freizumachen von Klassenhass, Klassenhaß und Rassenhaß. Dem deutschen Volke aber rufe er zu: Hilt dir selbst, so hilft dir Gott!

Eine Wählerversammlung der Deutschen in Schöneberg, in der Graf Westarp sprechen wollte, wurde durch Unabgänger und Kommunisten gesprengt. Schon nach dem ersten Schrei der Rede des Grafen Westarp setzte große Unruhe und Lärm ein, und als sich Westarp durch die prozessierenden Zwischenrufe nicht hören ließ und erklärte, daß die Herrschaft der Sozialdemokratie, wie sie seit dem 9. November 1918 in Erscheinung trat, Deutschland in den Abgrund treibe, brach ein wahrer Kamell los. Schließlich entschloß sich die Versammlung, zur Verhöhnung des Reichspräsidenten spielen zu lassen, aber das reichte im Gegenteil erst recht die erregten Arbeiter, und schließlich entrollten sich über den Köpfen der Menge zwei große rote Fahnen und wie auf ein gegebenes Zeichen stürzten sich die Arbeiter auf die deutschen Nationalen Versammlungsteilnehmer. Mit Stöcken und Bierflaschen ging man aufeinander los. Gleichzeitig drängten die in der Uebermacht befindlichen Unabhängigen und Kommunisten über die Menge und stürzten sich auf den Reichspräsidenten, so daß die Versammlungsteilnehmer sich in die Räumlichkeiten zurückziehen mußten. In dem sich entspannenden Handgemenge trugen verschiedene Versammlungsteilnehmer Kopf- und Handverletzungen davon. Mehrere Frauen wurden ohnmächtig. Eine Patrouille der Sicherheitswehr in Stärke von 3 Mann war natürlich außer Landes, die Ordnung wieder herzustellen, und die deutschen Nationalen Versammlungsteilnehmer räumten das Feld.

In ähnlicher Weise kam es in einer Versammlung der deutschen Nationalen Katholiken im Werner-Elemen-Gymnasium zu Zusammenstößen mit Unabhägern des Zentrums, die Zentrumsmitglieder in die Versammlung warfen, und der Kamell arde schließlich in Lärm und Chaos aus, doch gelang es, die Rbe wieder herzustellen, nachdem die Zentrumsleute abgezogen waren.

Die Nachgötter

K. K. Die Not, unter der wir alle leiden, empfindet jeder. Was in anderthalb Jahren getan worden ist, damit sie nicht viel schlimmer wurde, als sie ist, das wissen immer noch zu wenige. Die Beschwerden, die man täglich hört, stehen natürlich im Vordergrund des Bewußtseins, halten den Blick im Umkreis des Tages fest und lassen vergessen, wieviel Katastrophen verhindert worden sind, und daß manche wesentliche Befreiung angebahnt wurde — namentlich vor dem Kapp-Zustand! Es heißt durchaus nicht an demokratischer und republikanischer Gesinnung, aber sehr an einfacher Aufklärung über die Tatsachen und an Gedächtnis. Die Welt vergißt ja entsetzlich schnell. Nur so ist es möglich, daß sich das deutsche Volk jetzt „Aufklärer“ und Anhänger gefallen läßt, wie die Parteien der Rechten, die wohl wissen, warum sie so laut über die Sünden anderer schmähen, nämlich um von den eigenen, alten und neuen, abgesehen. Ist es nicht bedauernd, daß diese Leute die Scham des Rattenfängers mit Erfolg blieben, und daß soviel politisch harmlose Gemüter ihnen folgen? Man kann sich freilich die Gedankengänge mancher Wähler nicht einfach genug vorstellen. Eine Zeitsung fanden sich in der Presse der Rechten Ueberlegungen wie diese: Laßt nur Wilhelm II. wiederkommen, dann wird alles wieder gut. — worüber man ja heute kein Wort mehr zu verlieren braucht. Jetzt denkt man ähnlich: Früher war es doch besser, nun, damals waren andere Schichten und Parteien an der Herrschaft, bringt also nur die Konservativen und Schwerindustriellen wieder ans Ruder, dann wird sich alles finden. Seht nur an, wie schmerzhaft sie die jetzigen Zustände kritisieren, ja, sie verfluchen es — man denke doch an den famosen Heferschl! In Wahrheit sind die Rechtsparteien heute in derselben Lage, wozu die Sozialdemokraten Jahrzehnte vor dem Kriege war: reine Opposition, reine Negation ist ihr Teil. Heute gibt von jenen die Gefahr, die der Reichskanzler Wilton einst den Sozialisten erteilte: Kritik ist, positive Leistungen.

Es kommt jetzt nicht auf angebliches Vesserswissen, sondern auf Vessersachen an. Wo aber haben jene gesagt, was sie können? Vor dem Kriege, im Kriege, nach dem Kriege? Vor dem Kriege haben sie Wähler verführt und im eigenen Volke Klaffen gegeneinander aufgeschraubt durch Ablehnung und Finterfretung jeder innerpolitischen Anpassung an die fortschreitende Zeit — preußische Wahlreform! Während des Krieges haben sie dieselbe Politik weitergetrieben, einen Innenkriegshöllerei geschaltet, dadurch die rechtzeitige Beendigung des Krieges unmöglich gemacht, einem großen Teil des eigenen Volkes das Bewußtsein erschaffen, daß wir einen gerechten Krieg führten, den Massen jedes innerpolitische Entzweienkommen verweigert, die Parlamentarisation der Reichsregierung hinderngehalten, bis sie zu spät kam, und so von innen her die Ueber- spannung erzeugte, die dann zur Revolution geführt hat, im Verein mit der Enttäuschung über den nicht endenwollenden und mit einer Niederlage abschließenden Kriege. Und nach dem Kriege? Haben sie gar nichts getan! Sie behaupten, sie hätten seitdem keine Schuld auf sich geladen — froh Kapp —, aber wo sind ihre Verdienste? Sie sind gleich Null. Sie haben nicht etwa nur an der Regierung nicht teilgenommen, sondern haben alle die grundlegenden Befehle abgelehnt, vor allem also die Verfassung, die der Revolution ein Ende machte, die Begründung der Reichswehr und nicht bloß die Steuern, auch den jährlichen Reichshaushalt und selbst den Notefuß. Argum tabula rasa. Und auf solche Tafeln (schreiben heute viele kurzdenkende Gemüter, bei denen der Glaube größer ist als die Vernunft, ihre Hoffnungen!

Alles, was jenen Parteien jetzt für sich Wahlhancen gibt, ist eben dies, daß sie nicht an mittelbar verantwortlich erscheinen für das, was sich in der letzten Zeit ereignet hat und was die Regierung getan hat. Die Regierungsparteien haben viele Wünsche unbefriedigt lassen, sich durch manche Kompromisse unbefriedigt machen müssen bei denen, die nicht aufs Ganze, sondern nur auf Sonderinteressen sehen können, und vor allem nicht die Notwendigkeiten einer jeden Koalitionsregierung begreifen. Dagegen stimmt sich der Radikalismus der Opposition von rechts ebenso wie der von links sehr stark und tatkräftig aus, — nur daß er eben nichts geleistet hat! Diese Parteien werden jetzt nicht zur Verantwortung gezogen, weil sie seit langem sich vor jeder Verantwortung gedrückt haben. Die Unabhängigen haben es wiederholt, z. B. in Sachsen, abgelehnt, sich an der Regierungsbetrieb zu beteiligen und dadurch etwa die Zustände in ihrem Sinne zu verändern; daran lag ihnen offenbar nichts, im Gegenteil, je schlimmer es wurde, desto besser ging es ja ihnen; und ähnliche Erwägungen sind auf der Rechten laut geworden. Nur einmal haben sich die Parteien der Rechten bereit erklärt, an einer Regierung mitzuwirken: mit der Regierung Kapp! Da soll Herr Hergl, der deutschnationale Parteivorsitzende, am 13. März dem Sozialdemokraten Heimann gesagt haben: Kapp und Lüttich haben die Macht und werden sie behalten. Da können wir uns nicht rein negativ verhalten (auf einmal), sondern müssen auf dem Boden der gegebenen Tatsachen mitarbeiten. Sonst haben sie sich immer rein negativ verhalten und nicht auf dem Boden der gegebenen Tatsachen mitgearbeitet. Sie konnten auch sich ja leisten, denn sie mußten, das Notwendige geschah auch ohne sie. Herr Düringer, einer der respektabelsten Deutschnationalen, hat es ausgesprochen: Wir können den Etat und die Steuern ruhig ablehnen, denn sie werden ja doch angenommen. Also nicht einmal eine negative Verantwortung haben sie mit ihrer Ablehnung übernommen! Ihre Politik ist völlig wirkungslos, und sie suchen sie nur negativ wirksam zu machen. Sie verdrängen mit Vergnügen, daß sie sich „außerhalb der Drucklinie“ gehalten haben, worauf ihnen kürzlich der Reichsminister Koch geantwortet hat, die Deutschnationale Partei sei stolz darauf, daß sie geholfen habe, den Karren aus dem Dreck zu ziehen! Die Regierungsparteien mußten freilich Fehler in